

K-3 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.11.2022
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung
Status:	Modifiziert

1 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und niemand darf dabei
 2 zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, People of Color, Kinder, ältere Menschen,
 3 prekär Beschäftigte, Soloselbstständige, Erwerbssuchende, Menschen mit Behinderung und
 4 geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Die Corona-
 5 Pandemie hat diesen Zustand weiter verschärft, viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren.
 6 Sie alle suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Auch soziale Träger
 7 werden mehr und mehr aus der Stadt verdrängt. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle sicher
 8 wohnen, teilhaben und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Auch in der kommenden
 9 Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

10 Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!

11 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneilt,
 12 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
 13 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
 14 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
 15 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
 16 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
 17 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
 18 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
 19 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
 20 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
 21 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
 22 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
 23 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
 24 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Jetzt
 25 nachdem klar ist, dass wir auf Landesebene nicht die Zuständigkeit für einen Mietendeckel
 26 haben, werden wir alles tun, um dennoch die Berliner Mieter*innen zu schützen: Wir bauen
 27 Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir erwerben die Stadt Stück für Stück
 28 zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietemarktes zu
 29 machen. Wir bauen ein Miet- und Wohnungskataster auf, um mehr Transparenz auf den
 30 Wohnungsmarkt zu erreichen. Doch jetzt ist auch klar: Die Bundesregierung und der Bundestag
 31 stehen nun in der Pflicht, den Ländern und Kommunen Möglichkeiten an die Hand zu geben, die
 32 Mieten selbst zu regulieren und auch zu deckeln. Zudem wollen wir bei den Landeseigenen
 33 Wohnungsunternehmen den Mietendeckel gesetzlich verankern.

34 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

35 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
 36 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
 37 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
 38 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
 39 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
 40 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung
 41 des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

42 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
43 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
44 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
45 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
46 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
47 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
48 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
49 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
50 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
51 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
52 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in
53 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
54 Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute
55 frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein
56 durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist
57 entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir
58 aktiv unterstützen.

59 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

60 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
61 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
62 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
63 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
64 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
65 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
66 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
67 und Selbstbestimmung. Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems
68 aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst
69 (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns
70 gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der
71 Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser
72 ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den
73 ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte,
74 im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für
75 die Berliner Krankenhäuser erhöht, zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung
76 gestellt und wollen bei der Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und
77 bedarfsgerechte Strukturen legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und
78 bleibt ein bündnisgrünes Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung
79 bieten und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den
80 Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer
81 besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte
82 Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V)
83 stärken und erweitern.

84 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
85 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
86 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
87 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
88 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
89 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
90 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
91 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

92 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
93 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
94 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
95 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
96 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
97 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
98 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
99 sollen an dem ermittelten Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
100 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
101 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
102 parallel zu ambulanten Facharztpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
103 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
104 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich dem Elterngeld, ein. Im Bund wollen
105 wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie für die grüne
106 Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der Versorgung
107 herzustellen.

108 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
109 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
110 bundesweit umsetzen.

111 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

112 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
113 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
114 und mitzugestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der Gesellschaft
115 bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse angewiesen
116 sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden.
117 Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere
118 Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von
119 Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
120 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
121 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

122 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
123 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
124 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben, und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb
125 wird die Politik für eine inklusive Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter
126 Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von
127 Landesbeirat und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den
128 Senatsverwaltungen bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen
129 behinderter Menschen und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das
130 Berliner Behindertenparlament.

131 2.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

132 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
133 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
134 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
135 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteur*innen weiterhin konsequent
136 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
137 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen. Die Verpflichtung auf das
138 Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt. Fördern wollen wir aber
139 insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen, bezahlbare Wohnungen für

140 alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei Mietgestaltung und Belegung soziale
141 Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte
142 Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie
143 Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
144 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Wir
145 schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände
146 nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen. Dafür
147 brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix. Wir setzen uns auch auf Bundesebene
148 für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren
149 Wohnraum zu schaffen – und nicht nur für 20 oder 30 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch
150 nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken. In
151 den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf das
152 Gemeinwohl ausgerichtet. Es war richtig, gleichzeitig zu versuchen mit dem Mietendeckel Ruhe
153 in den überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu
154 stabilisieren. Damit haben wir versucht, politisch Einfluss auf die Entwicklung der Mieten
155 zu nehmen, dafür haben wir juristisches Neuland betreten. Nachdem dieser Versuch gescheitert
156 ist, werden wir nicht aufgeben, sondern weiter alles tun, um Wucher zu stoppen, trotz
157 teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen
158 gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die
159 Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO₂ in der Stadt aus,
160 also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um
161 Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und
162 Klimaschutz.

163 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch
164 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
165 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
166 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
167 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
168 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
169 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
170 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
171 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
172 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
173 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
174 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
175 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
176 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
177 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
178 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
179 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
180 ebenso fördern.

181 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
182 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
183 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
184 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
185 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
186 Quartieren. Die Genossenschaftsförderung – für Neubauten wie Bestandsankauf – wollen wir
187 deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für
188 Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queer-feministische Hausprojekte
189 sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer

190 mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden
191 Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die
192 Aufgabe des Landes Berlin, geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
193 Außerdem wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch
194 Haushalte in Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

195 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
196 was wir heute bauen, klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW-40-Standard beim
197 Neubau und KfW-55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.
198 Wir wollen klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und
199 Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute
200 entsteht das größte Holzhochhaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent
201 weitergehen und wegkommen von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und
202 verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir
203 wirklich darauf angewiesen sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei
204 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
205 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues, faires System
206 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
207 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir
208 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
209 Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen
210 umgelegt werden, die insgesamt zu höchstmöglicher Effizienz führen müssen. Durch eine
211 energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und
212 profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch
213 Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt.
214 Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders berücksichtigt. Die öffentliche Hand
215 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
216 1,5-Grad-Pfad zu bringen, und baut so die finanzielle Unterstützung zur energetischen
217 Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die Kreislaufwirtschaft umsetzen und
218 modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

219 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
220 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
221 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
222 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
223 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
224 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
225 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat – und damit
226 auch Berlin – hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
227 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
228 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

229 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
230 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
231 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
232 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
233 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
234 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
235 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
236 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen
237 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
238 Wohnungen schaffen.

239 Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern

240 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
241 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
242 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
243 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht
244 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
245 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
246 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
247 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
248 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
249 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
250 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
251 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
252 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können wir, auch nach dem Scheitern
253 des jetzigen Mietendeckels, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt schneller feststellen
254 und den Schutz der Mieter*innen besser sichern. Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet,
255 dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre
256 Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene.
257 Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle
258 Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir
259 werden alle Möglichkeiten der Landeskompentenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale
260 Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
261 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht
262 durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen,
263 einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

264 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
265 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
266 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
267 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
268 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR „Wohnraumversorgung

269 Berlin“, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
270 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
271 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einzurichten. Auch die Mieterräte sowie
272 Mieterbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden.
273 Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen
274 Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine
275 tiefgreifende Strukturreform, damit dessen Wohnungen wie die der landeseigenen
276 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden. Um Diskriminierungen auf dem
277 Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen Wohnungsunternehmen in die Pflicht
278 nehmen und Mitarbeiter*innen schulen. Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu
279 unterstützen, haben wir in jedem Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen
280 eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir fortsetzen. Um mieten- und stadtpolitische
281 Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung größeres Gehör in der
282 Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des „Initiativenforums Stadtpolitik“
283 mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen.

284 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
285 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten „Entschuldungsgewinne“ sowie
286 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
287 Kontrolle bei der Mietberechnung.

288 Eigentum verpflichtet. Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle
289 Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer
290 Bodenwertsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung
291 unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene
292 weiterhin für ein Verbot der Abwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

293 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
294 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
295 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
296 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

297 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
298 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
299 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
300 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
301 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
302 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
303 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

304 Die Stadt zurückerwerben

305 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
306 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potentielle Käufer*innen mit
307 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen, oder
308 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
309 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
310 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
311 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
312 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
313 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
314 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt. Um die
315 Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern,
316 eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
317 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
318 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
319 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
320 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
321 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

322 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
323 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
324 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
325 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
326 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

327 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
328 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
329 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
330 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
331 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die
332 angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Wenn es um die
333 Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur
334 Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch. Da der

335 Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt wurde, ist es umso wichtiger, eine
336 verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu erarbeiten.

337 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

338 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
339 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
340 Flächenmanagement mithilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden
341 soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie
342 implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht.
343 Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem
344 Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im Sinne einer
345 „Taskforce“ einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen Lösungen
346 finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch
347 Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

348 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
349 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
350 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
351 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin
352 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
353 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung
354 einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
355 gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein
356 zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind
357 die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet.
358 Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir
359 wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
360 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung. Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen
361 zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen
362 Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet,
363 adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien
364 Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein. Zudem
365 wollen wir Haushalte besser vor Strom- und Gassperren schützen, wenn sie finanziell
366 überfordert sind.

367 2.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

368 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
369 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
370 gefährdet sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder
371 Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale
372 Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es
373 eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in
374 allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des
375 Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-
376 Regelsatz.

377 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
378 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
379 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird.
380 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
381 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro

382 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
383 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

384 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

385 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
386 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.

387 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, finanziell oder durch strukturelle

388 Diskriminierung benachteiligt sind.

389 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
390 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
391 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
392 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
393 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
394 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
395 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

396 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
397 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
398 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
399 Familienbeirates oder dem Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
400 (LIGA) sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen
401 zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die
402 Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark
403 werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes
404 Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel.
405 Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
406 begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind
407 raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken
408 gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines
409 Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen in
410 Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

411 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien
412 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
413 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
414 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
415 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
416 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
417 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
418 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
419 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
420 unbürokratisch beraten können.

421 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
422 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
423 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
424 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
425 wiederholen wollen.

426 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

427 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
428 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.

429 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
430 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
431 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Auch Altersarmut braucht
432 Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit
433 Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten
434 Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den
435 Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In
436 Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur
437 Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein
438 Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen.
439 Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für
440 Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die
441 Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

442 Orientierung am Sozialraum der Menschen

443 Auch die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen
444 in ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
445 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
446 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
447 konsequente Umsteuern auf Prävention. Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo
448 sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die
449 Fallkosten. Über das Familienförderungsgesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen
450 Familien, Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen
451 „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die
452 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-
453 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten,
454 wollen wir in den Bezirken einheitlich anwenden.

455 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
456 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, um die Sozialeinrichtungen,
457 die Ämter und deren Angebote zu vernetzen und passgenau aufzustellen. Dazu wollen wir die
458 Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen und mit einer
459 Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert und in ganz
460 Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

461 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

462 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
463 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
464 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
465 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
466 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
467 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
468 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
469 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
470 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
471 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können. Dafür wollen wir
472 stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern zusammenarbeiten.

473 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

474 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
475 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten

476 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
477 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz
478 „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag –
479 und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen
480 wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen
481 gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll
482 es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte
483 Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle
484 landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang
485 umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen anmieten, um sie, begleitet von sozialer und
486 psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für
487 ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden sie
488 deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht
489 nehmen, Housing-First-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzbare
490 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ*, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwerem Zugang zu eigenem
491 Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

492 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
493 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
494 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
495 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben. Mit der geplanten
496 Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GStU) schaffen wir für die Unterbringung nach
497 dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen
498 damit die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

499 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
500 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
501 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
502 deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders
503 schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss
504 gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte reagieren wir auf die
505 große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Alle Plätze sollen stets mit
506 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
507 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem
508 sollen explizite Angebote geschaffen werden, die es Suchterkrankten ermöglichen, sicher zu
509 konsumieren. Wohnungslosen Menschen wollen wir auf Augenhöhe begegnen. Um gewaltsame
510 Räumungen von Obdachlosencamps zu vermeiden, wollen wir nach dem Konzept „Safe Places“ auch
511 in Berlin Schutzräume ermöglichen. Wir wollen gewaltsame Räumungen verhindern. Wir setzen
512 uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Bußgelder
513 somit nicht zu Ersatzstrafen führen können. Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil
514 ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Wir wollen, dass sie dort auch Schutz finden und
515 beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen mit kostenlosem Wasser versorgt werden.

516 Ein neues Landesamt für Unterbringung

517 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
518 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
519 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
520 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
521 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
522 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
523 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
524 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene

525 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
526 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Zudem werden wir prüfen, wie geflüchteten Menschen
527 unbürokratisch ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann.

528 2.3 Gesundheit ganzheitlich denken

529 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – hiervon sind wir seit jeher
530 überzeugt. Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer
531 Wucht zu Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
532 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
533 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden, sondern muss sich am Wohl der
534 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
535 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
536 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

537 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
538 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
539 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
540 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
541 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
542 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
543 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
544 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
545 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
546 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
547 auf den Bundesschnitt angehoben und werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
548 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen auf allen Geburtsstationen der
549 Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen
550 im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
551 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
552 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
553 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
554 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
555 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essensversorgung
556 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
557 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
558 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
559 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
560 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
561 ist. Wir wollen die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin langfristig
562 sichern und den Fonds, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht,
563 ausbauen. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter
564 einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (unter anderem HIV-PrEP), Tests und
565 Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/Aids. Wir kämpfen für ein
566 inklusives Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei
567 zugänglich ist. Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder
568 trans Menschen, müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten
569 gesundheitlichen Versorgung bekommen.

570 Den Öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

571 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
572 Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In

573 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
574 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen, Personal und
575 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte in Richtung Mustergesundheitsamt gehen.
576 Wir werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
577 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
578 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
579 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
580 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
581 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
582 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
583 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
584 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
585 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
586 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
587 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
588 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
589 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
590 anwendet. Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen.
591 Die landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
592 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
593 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
594 hier unter anderem auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung,
595 aber auch klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder
596 klimaschädliche Treibgase in Inhalationsaerosolen.

597 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
598 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
599 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

600 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

601 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen im
602 Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA – es gibt viele Berufsgruppen,
603 die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind Mangelberufe und ihre
604 Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch nicht organisierten
605 Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen
606 unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend
607 Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen
608 verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden.
609 Auch hier stehen wir für eine 35-Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver
610 werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu
611 absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen
612 und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene
613 Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen,
614 verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine
615 diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

616 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
617 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
618 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
619 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
620 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
621 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander

622 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
623 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
624 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

625 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

626 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
627 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
628 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
629 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
630 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
631 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
632 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
633 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
634 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKo mehr integrierte,
635 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

636 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken – Prävention ein Leben lang

637 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
638 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
639 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
640 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
641 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
642 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit
643 verbringen. Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm
644 machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten
645 und stickigen Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche
646 Bewegung gut in den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern
647 sportliche Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt
648 eine Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen
649 daher künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
650 Gesundheit prüfen. Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus
651 diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in
652 Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen,
653 egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das
654 Präventionsgesetz bietet, sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen
655 vor Ort – im Kiez, in den Bezirken und dem Land – orientieren und dort wo notwendig durch
656 weitere Maßnahmen flankiert werden.

657 HIV/Aids besiegen

658 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
659 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
660 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
661 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95-0“:

662 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
663 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
664 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
665 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
666 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
667 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
668 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

669 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

670 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
671 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
672 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
673 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
674 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
675 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
676 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
677 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
678 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen zu erleichtern.
679 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
680 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
681 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
682 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
683 gibt.

684 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
685 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen – egal, ob sie
686 alleinstehend oder verpartnert sind – von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
687 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

688 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
689 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
690 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
691 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
692 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
693 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
694 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
695 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
696 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
697 gewährleistet werden. Wir kämpfen auf Bundesebene weiterhin für die Legalisierung von und
698 Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten
699 Werbeverbots im Paragraphen 219 a StGB sowie des Paragraphen 218, damit Ärzt*innen ohne
700 Restriktionen über die verschiedenen Methoden des Abbruchs informieren können und diese Teil
701 der medizinischen Ausbildung und Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr
702 Forschung zu Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche
703 über diese Thematik aufgeklärt werden.

704 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

705 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
706 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
707 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
708 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
709 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
710 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
711 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der
712 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
713 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
714 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
715 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
716 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung

717 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
718 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
719 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
720 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
721 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
722 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

723 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht
724 klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung
725 umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde
726 deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene
727 Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und
728 Beratung, auch zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein
729 entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den
730 Weg bringen.

731 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

732 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich auch das psychische Wohlbefinden. Durch
733 unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen
734 positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber
735 hinaus wollen wir – unter anderem im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote
736 schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen
737 besser zu bewältigen.

738 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
739 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
740 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
741 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie zum
742 Beispiel das Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen
743 Bestandteil des psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung
744 gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist,
745 innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den
746 Sozialpsychiatrischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr
747 aufsuchende Beratungs-, Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch
748 beeinträchtigte Menschen mit und ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle
749 Ressourcen. Wir wollen darüber hinaus das Angebot an psychosozialer Unterstützung für
750 Geflüchtete bedarfsgerecht und mehrsprachig ausbauen, sowohl in den Geflüchteten-
751 Unterkünften als auch bei den aufsuchenden psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote
752 des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich
753 weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

754 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
755 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
756 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
757 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
758 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
759 an bereits bestehende Netzwerke in Berlin ist sichergestellt.

760 3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

761 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
762 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
763 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen

764 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
765 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
766 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
767 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
768 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
769 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

770 Im Kiez verortet

771 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
772 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
773 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
774 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
775 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
776 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
777 Community hinaus zusammenbringen.

778 Einsamkeit vorbeugen

779 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
780 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
781 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
782 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
783 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
784 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkten
785 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
786 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
787 dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“, freiwilligen Besuchsdiensten und der Einführung
788 von präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken. Auch die
789 Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen
790 aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote
791 kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die
792 Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu
793 können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen
794 jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in
795 Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort
796 sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

797 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

798 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
799 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
800 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir
801 fördern kleine, an Quartiere angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
802 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
803 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
804 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
805 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohnerbeiräte von
806 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
807 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
808 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
809 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
810 prüfen.

811 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
812 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
813 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
814 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
815 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
816 Pflegeeinrichtungen.

817 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
818 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
819 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
820 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
821 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
822 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
823 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
824 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
825 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
826 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
827 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
828 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
829 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
830 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
831 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
832 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
833 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

834 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

835 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
836 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
837 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
838 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
839 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
840 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
841 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
842 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
843 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
844 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und
845 mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
846 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

847 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
848 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
849 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür
850 einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird.
851 Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch
852 die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz
853 wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und
854 über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von
855 Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter
856 anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert
857 werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können.
858 Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren

859 Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege
860 wollen wir sie zurückgewinnen.

861 Pflegende Angehörige besserstellen

862 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
863 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
864 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
865 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
866 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
867 soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende
868 Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum
869 Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen
870 Pflegenden Angehöriger und den Kontaktstellen „PflegeEngagement“ beraten. Als Berliner
871 Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines
872 Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden
873 wir weiter Druck machen.

874 2.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

875 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
876 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
877 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
878 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive
879 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
880 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
881 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
882 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
883 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
884 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

885 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
886 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
887 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
888 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
889 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
890 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
891 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
892 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
893 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
894 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

895 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

896 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
897 vorantreiben. Wir wollen in den „Häusern der Teilhabe“ multiprofessionelle Teams
898 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
899 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
900 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
901 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
902 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
903 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
904 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
905 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-

906 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
907 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

908 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

909 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
910 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
911 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
912 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
913 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf 5 Prozent der
914 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
915 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
916 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
917 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
918 vergeben.

919 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
920 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
921 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
922 Zukunftsperspektive zu finden.

923 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
924 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
925 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis im
926 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
927 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
928 zu einer Bedingung machen.

929 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
930 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
931 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
932 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
933 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
934 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

935 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft – in Schule, Berufsschule
936 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
937 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
938 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
939 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
940 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
941 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

942 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
943 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
944 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
945 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
946 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
947 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
948 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

949 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
950 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
951 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und

952 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
953 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

954 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
955 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

956 2.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

957 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
958 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
959 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
960 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
961 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
962 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

963 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

964 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. 127.000 Menschen sterben jährlich an den
965 Folgen des Rauchens. Diesen Tatsachen müssen wir besonders Rechnung tragen, indem wir uns
966 das Ziel setzen, den Konsum von Tabak und verwandten Produkten zu reduzieren, und wollen
967 deshalb das Senatsprogramm „Berlin qualmfrei“ weiterentwickeln. Am gefährlichsten für
968 Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig.
969 Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen
970 Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht
971 bis heute auf zum Teil rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine
972 Drogenpolitik, die auf Fakten statt auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild
973 geprägt, gesundheitliche Schäden zu mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt
974 und selbstbestimmt zu konsumieren, ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher
975 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein
976 wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied
977 macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und
978 in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
979 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

980 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

981 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
982 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
983 Pilotprojekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
984 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
985 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
986 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
987 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
988 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
989 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
990 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir
991 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
992 Substanzen.

993 Aufklärung und Prävention ausbauen

994 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten Drogenpolitik
995 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
996 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
997 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir

998 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
999 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1000 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1001 von Glücksspiel- oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1002 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1003 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1004 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1005 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher kneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1006 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1007 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1008 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1009 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1010 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1011 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
1012 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1013 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1014 Beratung und Selbsthilfe stärken

1015 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1016 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1017 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1018 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1019 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1020 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nichtbinäre und trans Personen
1021 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1022 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1023 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1024 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1025 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1026 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1027 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1028 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1029 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1030 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1031 Illegalen Markt austrocknen

1032 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1033 Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine Reform gibt, halten wir an
1034 unserem Ziel eines Modellprojektes zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in
1035 Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge von Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir
1036 anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen
1037 festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv.
1038 Frei gewordene Kapazitäten wollen wir soweit möglich für die Bekämpfung der organisierten
1039 Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt
1040 wird. Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder zu mehr
1041 Ruhe und Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen verbessern.

1042 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1043 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1044 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit

1045 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1046 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1047 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1048 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen und diese Konflikte nicht auf
1049 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1050 2.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

1051 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1052 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1053 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1054 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1055 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1056 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1057 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1058 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1059 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1060 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1061 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1062 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1063 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1064 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige
1065 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1066 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1067 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1068 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1069 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig, ihre
1070 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1071 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes, zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1072 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1073 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1074 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzesiegels für Vereine für notwendig.

1075 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1076 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1077 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1078 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1079 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1080 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1081 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1082 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der Sport- und Bewegungspark Tegel sollen Vorzeige-
1083 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1084 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie
1085 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1086 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1087 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1088 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1089 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1090 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1091 kommenden Jahren weiterführen. Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart

1092 gesehen wird: E-Sport wird zum Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen
1093 seine Entwicklung mit Gamer*innen, Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen
1094 souveränen Umgang unterstützen. Dabei fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement,
1095 Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-
1096 Sport-Standort ein.

1097 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1098 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1099 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1100 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1101 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1102 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1103 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1104 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1105 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1106 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1107 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1108 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1109 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1110 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1111 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1112 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1113 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1114 widerspiegeln.

1115 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1116 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1117 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1118 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1119 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1120 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die
1121 Gesundheit

1122 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1123 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1124 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen „Schulschwimmzentren“ auf
1125 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1126 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1127 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1128 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1129 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1130 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
1131 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
1132 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir
1133 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
1134 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
1135 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
1136 sind.

1137 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1138 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1139 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1140 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1141 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1142 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1143 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1144 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1145 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch, nötige Flächen in Erdgeschoss
1146 und gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs,
1147 Stadtteil- und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1148 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1149 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1150 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1151 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1152 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1153 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1154 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1155 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1156 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1157 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1158 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1159 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1160 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1161 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1162 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1163 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1164 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1165 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1166 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1167 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden, in
1168 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1169 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1170 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1171 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1172 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1173 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1174 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1175 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1176 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1177 in vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1178 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt
1179 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen bei den Ärzt*innen im
1180 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der
1181 Pflegeausbildung.

1182 5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten – bessere Personalausstattung

1183 Den Pakt zur Stärkung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) werden wir nutzen und uns
1184 für mehr Personal und bessere Ausstattung einsetzen. Dies flankieren wir mit einer
1185 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1186 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1187 wollen wir die Public-Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1188 Weiterbildung zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,
1189 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1190 Berliner Hochschulen an.